

zweier aufgewühlter Dezennien zu steuern versuchten, wie die Möglichkeiten und Grenzen eines diplomatischen Krisenmanagements im Vorfeld und im ersten Drittel des Dreißigjährigen Krieges aussahen, soll umfassend, mit Einschluß der Friedens- und Konfliktforschung, der Militär- und Diplomatiesgeschichte untersucht werden.

Die Arbeit orientiert sich an der Reichsgeschichte und verfolgt dann die zahlreichen Verästelungen der württembergischen Politik. Der Autor will viel erzählen, »zwischen nebulösem Schwadronieren über das Große und Ganze und antiquarischem Übereifer liegt ... das Bemühen, detailliert erhobene Befunde auf ihren exemplarischen Gehalt hin zu durchleuchten«. Die Studie beginnt mit dem »Epochenjahr 1608« und endet mit dem Jahr 1628, das als einschneidendste Zäsur in der württembergischen Außenpolitik in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts bezeichnet wird. Für Württemberg war es eine Überlebensfrage, zwischen den zunehmend unvereinbaren Polen der Glaubenstreue, Reichstreue und Friedensliebe eine Harmonisierung zu versuchen. Dieses Bemühen wird in neun Kapiteln dargestellt. Im ersten Kapitel werden die labilen linksrheinischen Besitzungen Württembergs und das schwierige Verhältnis zu Österreich untersucht. Die folgenden Kapitel behandeln die Aktivitäten um die Union. Die Kapitel 6–8 zeigen den Weg auf, der in den Krieg führte, und schildern das Ende der Union und die vermittelnde Neutralität Württembergs. Das letzte Kapitel macht deutlich, daß Württemberg im Jahre 1628 am Rande des Abgrunds stand. Johann Friedrich hinterließ sein Territorium in einem desolaten Zustand. Der Stuttgarter Herzog und seine Räte hatten sich während der ganzen Regierungszeit Johann Friedrichs in einem unlösbaren Dilemma befunden: eine eindeutige Parteinahme für eine Seite war zu riskant, eine zu starke Distanz gefährlich. Es gab für sie eigentlich nur ein Ziel: die Absicherung der eigenen Position in einer unruhigen Zeit des Reiches. Deshalb war ihre Vermittlungsdiplomatie nicht ideologisch oder missionarisch, sondern in erster Linie pragmatisch orientiert. Aber die Handlungsfreiheit einer Mittelmacht wie Württemberg, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben, war gering. Schließlich habe der Wiener Katholizismus (!) und die uneingeschränkte Macht der Waffen gesiegt. Württemberg mußte in diesen Jahren den Weg in ein kümmerliches Satellitendasein im Schatten des siegreichen Habsburgerreiches antreten.

Die Arbeit ist kenntnisreich, das Material wurde mit viel Fleiß zusammengetragen. Ein wichtiges Thema der württembergischen Landesgeschichte wird neu und umfassend erschlossen. Aus einer landesgeschichtlichen Position heraus werden allgemeine Situationen erwägenswert und zuweilen originell beleuchtet. Der Verfasser dieser Dissertation will nicht »das widerborstige Zeitalter wohlfeil schulmeistern und einem roten Faden entlangbürsten«. Er selbst bürstet seine Untersuchung der Chronologie entlang, was durchaus zu begrüßen ist. Beim wohlfeilen Schulmeistern greift er kräftig zu. Ein Verzeichnis der Personennamen und ein Register der wichtigen Sachbetreffe erschließen die umfangreiche Arbeit. Warum ein Ortsregister weggelassen wurde, ist nicht ersichtlich.

*Andreas Zieger*

HANS-JÜRGEN KREMER (Bearb.): Das Großherzogtum Baden in der politischen Berichterstattung der preußischen Gesandten 1871–1918. Zweiter Teil: 1900–1918 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde. Reihe A Bd. 43). Stuttgart: Kohlhammer 1992. VIII und 737 S. Kart. DM 98,-.

Auch der zweite Teil der preußischen Gesandtschaftsberichte aus Karlsruhe wurde von seinem Bearbeiter mit der gleichen Sorgfalt und großem Arbeitsaufwand herausgegeben wie schon der erste Teil (Vgl. unsere Besprechung im Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte 11, 1992, S. 371 f.). Die Zahl der vorwiegend biographischen Anmerkungen ist eher noch umfangreicher als im ersten Teil. Die versprochenen Register sollen nun in einem dritten Band erscheinen, dafür wurde der zweite Teil ergänzt durch solche Berichte, die nur noch im Konzept vorhanden waren und bisher in Merseburg lagen. Darunter finden sich einige interessante Schreiben aus dem Jahre 1874, die zeigen, wie sehr sich die badische Regierung bemühte, bei der Besetzung des Freiburger Erzbischöflichen Stuhles im Einverständnis mit Bismarck zu handeln.

Das dominierende Thema der Berichte nach 1900 blieb für den preußischen Gesandten auch weiterhin das parlamentarische Geschehen in Baden: die Diskussionen im Landtag, die Richtungskämpfe in den Parteien und vor allem die Wahlen, wobei die durch das Mehrheitswahlrecht bedingten Stichwahlabkommen das besondere Interesse des preußischen Gesandten fanden. Sie erschienen ihm teilweise als recht merkwürdig und der heutige Leser kann dies nachvollziehen, wenn z. B. die Antisemiten 1903 in

Karlsruhe den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den konservativen unterstützten. Im allgemeinen geben die Berichte jedoch mehr einen Spiegel der Einstellung der Reichsleitung und speziell des jeweiligen Reichskanzlers zu den Parteien als einen eigenständigen Einblick in deren Entwicklung. Das Zentrum galt dem preußischen Gesandten noch lange Zeit als der politische Hauptgegner. Das änderte sich dann aber schlagartig, als die badischen liberalen Parteien in der »Großblockpolitik« konsequent Stichwahlabkommen mit den Sozialdemokraten eingingen und diese ihrerseits dem Etat zustimmten. Eine Mehrheit aus Konservativen und Zentrum erschien nun plötzlich als das geringere Übel. Obwohl der preußische Gesandte anerkennen mußte, daß die badischen Sozialdemokraten im Landtag konstruktive Politik betrieben und mit Ludwig Frank und Wilhelm Kolb über fähige Politiker verfügten, blieben sie in seinen Augen gefährliche Gegner von Staat und Gesellschaft.

Eine zweite Gefahr sah er in dem um die Jahrhundertwende zunehmenden »Partikularismus«, der sich allerdings vorwiegend als Preußenfeindschaft äußerte, und in dem verstärkten demokratischen Grundzug der badischen Politik. Das großherzogliche Haus war für ihn jedoch Garant für die Reichstreue Badens, deshalb versuchte er, um mehr Verständnis für dessen Anliegen in Berlin zu werben. Das betraf vor allem die 1870 geschlossene Militärkonvention, in der Baden den preußischen Interessen viel weiter entgegengekommen war als Bayern und Württemberg. Die mangelnde Berücksichtigung der badischen Interessen bei der Truppenstationierung und der Ernennung der kommandierenden Generäle wurde bis in den Weltkrieg hinein schmerzlich empfunden.

Für den Ersten Weltkrieg ist die Edition ganz generell sehr ergiebig. Der Herausgeber hat hier nämlich zusätzlich zu den Gesandtschaftsberichten auch die Berichte des stellvertretenden Generalkommandos mit aufgenommen. Während der Gesandte vorwiegend über die Stimmung am Hof und bei den Parteien berichtete, handelte es sich hier um sehr detaillierte Berichte über die Stimmung im ganzen Land. Ausführlich wurde über die Versorgungsschwierigkeiten berichtet und den damit zunehmenden Gegensatz von Stadt und Land. Mit dem Ärger über »Schleichhandel« und »Wucher« nahm auch der Antisemitismus zu. Besonderes Interesse widmete die Berichterstattung auch den Frauen und vor allem den Arbeiterinnen, denn bei ihnen wurde ein starkes Protestpotential vermutet. Interessant ist auch, daß die gegen Kriegsende immer häufigeren Luftangriffe auf die badischen Städte bei der Zivilbevölkerung großen Eindruck hinterließen. Den Zeitungen wurde deshalb verboten, darüber zu berichten. Schon im Oktober 1917 wurden Hunger, Kälte und Krankheit als möglicherweise ausschlaggebend für den Kriegsausgang angesehen. Der kurzen Euphorie bei Beginn der Offensiven 1918 im Westen folgte dann auch ein abrupter Stimmungsumschwung, als sich deren Scheitern abgezeichnet hatte. Das Waffenstillstandsersuchen sorgte dann auch in den »vaterländischen« Kreisen für einen vollständigen »Stimmungszusammenbruch«, so daß sich auch in Baden der revolutionäre Umbruch widerstandslos vollzog. Das stellvertretende Generalkommando hatte nicht zu Unrecht immer wieder vor einer allzu optimistischen Darstellung der Situation in der Presse gewarnt und auch die überzogenen Forderungen der Alldeutschen mehrfach kritisiert. Seine Berichte sind im ganzen nur wenig beschönigend.

*Hans-Otto Binder*

HANS-MARTIN MAURER – PAUL SAUER (u. a.): Geschichte Württembergs in Bildern 1083–1918. Stuttgart: Kohlhammer 1992. 324 S. und 424 Abb., davon 149 farb. Ln. DM 98,-.

Franziska von Benerdin (1748–1811), besser bekannt als Reichsgräfin von Hohenheim und »Favoritin« Herzogs Carl Eugen von Württemberg, muß eine starke und schöne Frau gewesen sein – jedenfalls behaupten dies Zeitgenossen und Forscher. Aber erst wenn man die Aussagen über sie mit ihrem Porträt (S. 204) zusammenbringt, entsteht ein wirkliches Bild. Oder: Liest man August Willburgers Studie über »Das Collegium illustre zu Tübingen« (Tübingen 1912), bekommt man zwar eine Vorstellung vom Leben dieser »Ritterakademie«. Doch die farbige Darstellung eines Turniers im Innenhof (S. 145) läßt Willburgers Studie erst richtig lebendig werden und verdeutlicht den Kontrast zur heutigen Verwendung des einstigen Collegiums illustre als katholisches Hochschulkonvikt (Wilhelmstift).

Zwei Beispiele für viele, welche die Konzeption der »Geschichte Württembergs« paradigmatisch vor Augen führen. Es geht hier nicht um ein Bilderbuch, das der naiven Vorstellung folgte, Bilder allein erzählten Geschichte. Dazu gibt es in der Tat zu wenig »Ereignisbilder«, die einen Vorgang direkt und unmißverständlich darstellen. Mit Bildern läßt sich nur vermitteln und darstellen, »was wir schon wissen« oder umgekehrt, aus Bildern läßt sich nur etwas lernen, »wenn man gesagt bekommt, was es mit dem